

ZwischenRuf

DAS MAGAZIN DES LANDTAGS VON SACHSEN-ANHALT

02|2024



GRUNDGESETZ
FÜR DIE
BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND

75 JAHRE GRUNDGESETZ

Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

WAHLEN: Regierungserklärung zu Europa

HISTORIE: 30 Jahre „Magdeburger Modell“

UNTERWEGS: Regionalfenster führt nach Osterwieck



LANDTAG VON
SACHSEN-ANHALT

IHRE STIMME FÜR EUROPA!

**Die Präsidentinnen und Präsidenten
der deutschsprachigen*
Landesparlamente rufen alle
Wahlberechtigten auf:**

**„Gehen Sie am 9. Juni 2024
wählen, entscheiden Sie mit
über den zukünftigen Weg der
Europäischen Union!**

**Dieses Jahr können in
Deutschland zum ersten Mal
auch 16- und 17-Jährige
wählen. Gerade alle
Erstwählerinnen und
Erstwähler rufen wir auf:
Machen Sie von Ihrem
Wahlrecht Gebrauch!“**

* deutsche und österreichische
Landesparlamente sowie der
Südtiroler Landtag und die deutsch-
sprachige Gemeinschaft Belgiens

**DOSSIER ZUR
EUROPAWAHL**





06

**STARKES EUROPA,
STARKES LAND**

Europaminister Rainer Robra hielt in der April-Sitzungsperiode die Regierungserklärung „Sachsen-Anhalt wählt ein starkes Europa!“. Er richtete sich damit an die Menschen in Sachsen-Anhalt, die am 9. Juni 2024 ihre Stimme bei der Europawahl 2024 abgeben sollen.



12

**EINE WAHL ALS
ANFANG VOM ENDE**

Bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 wurde von Wahlbeobachtern erstmals offiziell eine Wahlfälschung durch die SED nachgewiesen – Bürgermut entlarvte die Staatsführung. Die Folgen waren revolutionär.



16

**ZWISCHEN HUY UND
FALLSTEIN: OSTERWIECK**

Im Tal der Ilse, zwischen Huy und Großem Fallstein, liegt Osterwieck. Zur Einheitsgemeinde gehören neben der namensgebenden Fachwerkstadt weitere 19 Ortschaften und Ortsteile. In ihr leben rund 11 300 Menschen.

AUS DEM PLENUM

08 | Bürgerenergie – Wie viel Potenzial?

Zum Voranbringen der Energiewende sollte die Landesregierung per Antrag der Grünen unter anderem ein Förderprogramm für Bürgerenergiegemeinschaften auflegen. Bei der Abstimmung sprach sich allerdings eine Mehrheit gegen das Vorhaben aus.

09 | In den grünen Oasen

Mit einem Antrag setzt sich die Fraktion Die Linke für die Sicherung des Kleingartenwesens in Sachsen-Anhalt ein. Der Antrag wurde zunächst in die Ausschüsse überwiesen, zu unterschiedlich sind die Ansätze, wie die erhoffte Unterstützung gestaltet werden sollte.

10 | Eine Wahl mit Verspätung

Zuletzt hatte es im Juni 2023 einen Anlauf gegeben, einen Landesbeauftragten für den Datenschutz für das Land Sachsen-Anhalt zu wählen. Nun schlugen die Koalitionsfraktionen erneut eine gemeinsame Kandidatin vor – mit Erfolg.

11 | Lehren aus der Corona-Pandemie

Sachsen-Anhalt hat seit Anfang April eine eigene 16-köpfige Experten-Kommission zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie. Die AfD-Fraktion kritisierte in einem Antrag die Zusammensetzung und die Verfahrensweise der Kommission.

EINBLICK

14 | Rückkehr zur Demokratie

Exakt vier Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, am 8. Mai 1949, beschloss der Parlamentarische Rat das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Gut zwei Wochen später wurde es feierlich unterzeichnet.

RÜCKBLICK

22 | Das Magdeburger Modell

Vor 30 Jahren wählte der Landtag von Sachsen-Anhalt den SPD-Abgeordneten Reinhard Höppner zum Ministerpräsidenten, der darauf acht Jahre lang eine Minderheitsregierung unter Tolerierung durch die PDS führte.

IMPRESSUM

Herausgeber

Der Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt

Auflage und Erscheinen

10000 Exemplare, vierteljährlich

Redaktion/Bestelladresse

Landtag von Sachsen-Anhalt
Referat Medien- und Öffentlichkeitsarbeit,
Besucherdienst und Protokoll
Domplatz 6–9, 39104 Magdeburg
Fon: 0391 560-0
Fax: 0391 560-1123
www.landtag.sachsen-anhalt.de
landtag@lt.sachsen-anhalt.de

Redaktion

Dorothee Bodewein (Ltg.), Stefanie Böhme,
Beate Grau, Ulrich Grimm, Dr. Stefan Müller,
Gudrun Oelze, Michael Rahmfeld, Wolfgang
Schulz, Matthias Unfried

Fotos & Grafiken

Titelseite: Deutscher Bundestag/IngaHaar
Seite 2: Landtag von Sachsen-Anhalt/Canva
Seite 3: Europäisches Parlament (L.), Bundesstiftung Aufarbeitung, Klaus Mehner, Bild 89_0507_POL_Wahlen_04 (M.), Gudrun Oelze
Seite 4: Dr. Stefan Müller (o.), Landtag von Sachsen-Anhalt/Screenshot
Seite 7: Europäisches Parlament
Seite 8: Koordinationsstelle für Energiegemeinschaften, Klima- und Energiefonds (A)
Seite 9: lithiumfoto - stock.adobe.com
Seite 10: Dr. Stefan Müller
Seite 11: RRF - stock.adobe.com
Seite 12: Wolfgang Schulz, Neues Deutschland/Repro
Seite 13: Bundesstiftung Aufarbeitung, Klaus Mehner, Bild 89_0507_POL_Wahlen_04
Seite 15: Deutscher Bundestag/Inga Haar
Seite 16–19: Gudrun Oelze
Seite 20–21: Verlage Goldmann, Europa-Verlag, C.H. Beck, Piper
Seite 22: Wolfgang Schulz
Seite 23: Bundesstiftung Aufarbeitung (o.), LAG WfbM Sachsen-Anhalt e. V.
Seite 24: Landtag von Sachsen-Anhalt/Canva/Christian Schwier - stock.adobe.com

Satz & Gestaltung

genese Werbeagentur GmbH
www.genese-md.de

Druck

Harzdruckerei GmbH
www.harzdruckerei.de

Redaktionsschluss

26. April 2024. Dieses Magazin dient der Öffentlichkeitsarbeit des Landtags von Sachsen-Anhalt. Es wird kostenfrei verteilt. Jedwede Form der Nutzung während eines Wahlkampfes (zum Beispiel Wahlwerbung) ist untersagt.

Willkommen und Abschied bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur



Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger (L.) verabschiedete Birgit Neumann-Becker und begrüßte deren Nachfolger Johannes Beleites.

Nach elf Jahren wurde die Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Sachsen-Anhalt, Birgit Neumann-Becker, mit einem kleinen Festakt aus dem Dienst verabschiedet, nicht ohne ihren Arbeitsauftrag an Nachfolger Johannes Beleites zu übergeben. „Der Aufarbeitungsauftrag bleibt bestehen“, betonte Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger, durch sachliche Informationen soll Verständnis über die Vergangenheit erzeugt und über den Wert der Demokratie aufgeklärt werden.

Der Landtagspräsident lobte die Arbeit von Neumann-Becker als „unschätzbare Engagement“, unermüdlich habe sie sich auf ihrem Gebiet für Beratung, Begleitung, Rehabilitation, Forschung und Bildung eingesetzt. Auf die Zusammenarbeit mit Johannes Beleites freue er sich ebenso, versicherte Schellenberger. Dieser habe sich bereits vielfach in die SED-Aufarbeitung eingebracht und sei prädestiniert für diese Aufgabe.

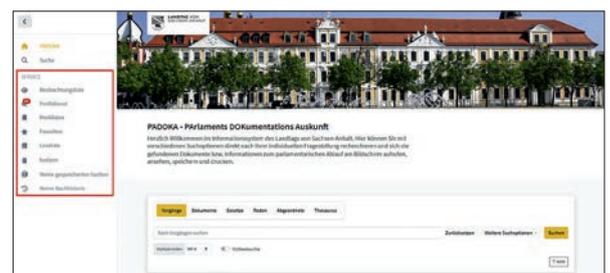
Dr. Stefan Müller

Individuelle Suchmöglichkeiten in der Parlamentsdokumentation

Mit dem neuen Informationsdienst der Dokumentationsdatenbank PADOKA (tinyurl.com/PADOKA24) haben Interessierte vielfältige Möglichkeiten, sich regelmäßig über neue Dokumente benachrichtigen zu

lassen. Verpassen Sie keine neu eingestellten Dokumente oder einen neuen Beratungsstand zu einem für Sie interessanten Vorgang. Bleiben Sie immer aktuell durch regelmäßige Benachrichtigungen per E-Mail. Nutzen Sie diesen Abo-Service und registrieren Sie sich. Dafür reichen Ihre E-Mail-Adresse und ein von Ihnen festgelegtes Passwort aus. Als neue Werkzeuge gibt es beispielsweise eine Beobachtungsliste, einen Profildienst für individuell erstellte Suchen oder die Merkliste, in die einzelne Vorgänge abgespeichert werden können. Sie haben noch Fragen? Dann wenden Sie sich gern an die Kolleginnen der Dokumentation: dokumentation@lt.sachsen-anhalt.de.

Dr. Stefan Müller



Screenshot vom neuen Tool der Parlamentsdokumentation. Eine Registrierung genügt.

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

es ist kaum zu übersehen. Das bunte Meer an Plakaten auf den Straßen und Plätzen in Sachsen-Anhalt deutet es an: Wahlen stehen ins Haus. 2024 gilt in Deutschland als sogenanntes „Superwahljahr“. Ein Jahr, in dem – nach allgemeiner Definition – besonders viele Wahlen anstehen. Anders als beispielsweise in den benachbarten Bundesländern Sachsen, Thüringen und Brandenburg, wo auch die Landesparlamente im September neu gewählt werden, kommt auf die Wahlberechtigten in Sachsen-Anhalt am 9. Juni mit den Kommunalwahlen und den Wahlen zum Europäischen Parlament ein sogenannter „Supersonntag“ zu.

Nach Entscheidung des Landeswahlausschusses am 22. März können 25 Parteien in Sachsen-Anhalt an den bevorstehenden Kommunalwahlen teilnehmen. Es werden nicht nur die kommunalen Vertretungen in den Stadt- und Gemeinderäten, Kreistagen oder Ortschaftsräten Sachsen-Anhalts gewählt. Mancherorts sind die Wahlberechtigten zudem aufgerufen, auch dem einen (Ober-)Bürgermeisterkandidaten oder der anderen Kandidatin zur Landrätin ihre Stimme zu geben.

Nachdem der Bundeswahlausschuss die Wahlvorschläge von Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen zur Europawahl 2024 am 29. März zugelassen hat, werden auf dem Stimmzettel für das Land Sachsen-Anhalt 34 Parteien und sonstige politische Vereinigungen stehen. Nicht längst alle wahlberechtigten Europäerinnen und Europäer schreiten am 9. Juni zur Wahl. So finden in den Niederlanden die Europawahlen am 6. Juni, in Irland am 7. Juni, in Tschechien am 7. und 8. Juni, in Malta, Lettland und der Slowakei am 8. Juni sowie in Italien am 8. und 9. Juni statt.

Eine weitere Besonderheit gibt es in diesem Jahr für die Europawahlen in Deutschland. Erstmals können hier, wie schon bei der Mehrheit der deutschen Bundesländer zu den Kommunalwahlen der Fall, auch 16- und 17-Jährige wählen.

Wie schon zu den vergangenen Europawahlen rufen auch in diesem Jahr die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschsprachigen Landesparlamente einschließlich Österreichs, Südtirols sowie der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens wieder in einem gemeinsamen Appell zur Teilnahme an den Europawahlen auf.

Wählen zu können, gewählt zu werden oder Wahlen allgemein gehören zu den Grundfesten unserer Freiheit und Demokratie. Wahlen allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim durchführen zu können, garantiert uns in Deutschland das Grundgesetz, dessen historisches Datum der Unterzeichnung und Verkündung am 23. Mai 1949 sich in diesem Jahr zum 75. Mal jährt. Aus diesem Anlass zeigt der Landtag von Sachsen-Anhalt bis 5. Juli die Sonderausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur „... denen mitzuwirken versagt war.“ Ostdeutsche Demokraten in der frühen Nachkriegszeit“ und veranstaltete am 15. Mai ein Dialogforum mit den im Landtag vertretenen Fraktionen.

Was sich darüber hinaus im Landtag zugetragen hat, entnehmen Sie wie immer den nachfolgenden Seiten.

Ihre
Zwischenruf-Redaktion



Starkes Europa, starkes Land

Europaminister Rainer Robra hielt in der April-Sitzungsperiode die Regierungserklärung „Sachsen-Anhalt wählt ein starkes Europa!“. Er richtete sich damit an die Menschen in Sachsen-Anhalt, die am 9. Juni 2024 ihre Stimme bei der Europawahl 2024 abgeben sollen.

Wir alle sind Europa und wir brauchen Europa – ein starkes Europa, das kein Spielball der Weltgeschichte ist“, sagte Rainer Robra (CDU). Nationalstaatliche Konzepte böten für die Bewältigung der Herausforderungen der Zeit keine genügende Lösung. Die Europäische Union sei komplex, man müsse gemeinsam und kontinuierlich an einem Strang ziehen, um die Interessen des Landes Sachsen-Anhalt zu vertreten. Die Gestaltungsmöglichkeiten seien vielfältig, und das Land nutze diese auch, beispielsweise durch die Mitwirkung im Bundesrat. In der letzten Förderperiode seien rund 2,2 Milliarden Euro Fördermittel nach Sachsen-Anhalt geflossen, viele Tausend Projekte hätten so umgesetzt werden können. Gleiches sei für die aktuelle Förderperiode bis 2027 zu erwarten. Robra warb für die Teilnahme an der Europawahl 2024, er wies darauf hin, dass bereits 16-Jährige an die Wahlurne gerufen würden. Es gelte, durch Informationsangebote insbesondere diese jungen Menschen für die europäische Idee zu gewinnen.

Die Landesregierung singe ein „Loblied“ auf die Europäische Union und die „ach so tollen Errungenschaften“, rekapitulierte Tobias Rausch (AfD) aus seiner Sicht die Regierungserklärung. Die offiziellen Problemlagen der Bürger würden dabei aber verschleiert. Deutschland habe im Jahr 2022 circa 30,8 Milliarden Euro in die EU eingezahlt, aber nur circa 11,1 Milliarden Euro durch die Fördertöpfe zurückbekommen. Immer mehr Menschen stellten den Nutzen der Europäischen Union in Frage. Viele Fördergelder würden gar

nicht abgerufen, weil der bürokratische Aufwand zu hoch sei, kritisierte Rausch. Geld, das für Sachsen-Anhalt notwendig sei, beispielsweise für Infrastruktur oder Rente, werde an die EU transferiert; die Solidarität gehe hier nur in eine Richtung, beispielsweise nach Polen. Die AfD spreche sich gegen ein „Europa der Bevormundung“ und gegen die neue Gebäudeverordnung, das Verbrenneraus und den Green Deal aus, so Rausch.

Die Europäische Union ist mehr als die von der AfD aufgestellte Plus-Minus-Rechnung, betonte Holger Hövelmann (SPD). Sie stehe für Solidarität, Nachteilsausgleich, Frieden, Wohlstand und Sicherheit. Zu vielen Menschen im Land sei die Europäische Union egal, ihr Ruf sei schlecht, monierte Hövelmann. Man müsse auf eine Förderpolitik setzen, die die Angst vor kommenden Strukturveränderungen nehme, und auf eine Außenpolitik, die sich allen Attacken widersetze. „Europapolitik und Kommunalpolitik gehen Hand in Hand, eine handlungseingeschränkte Union wäre ein Desaster für die Kommunen des Landes.“ Hövelmann sprach sich dafür aus, insbesondere auf die Stimmen der jungen Menschen zu bauen: „Lassen Sie Ihre Stimme nicht ungenutzt, wählen Sie ein modernes und sicheres Europa!“

Die Europäische Union sei bedroht, warnte Wulf Gallert (Die Linke), vor allem durch die Verfolgung nationaler Interessen im Gegensatz zu gemeinschaftlichen Interessen. Wer Europa stärken wolle, müsse sich gegen die engen nationalstaatlichen Interessen stellen. Nur Menschen, die sich in ihrer

Existenz bedroht fühlten, verlören den Glauben an die EU. Dies sei beim Brexit erkenntlich geworden. Die EU müsse als sozialer Schutzraum gestaltet sein, der den Menschen eine Rechtsstaatsgarantie biete. Ein einfacher Freihandelsmarkt sei keine Alternative. Auf den Vorwurf der AfD, dass Polen einer der Profiteure der EU-Fördermittel sei, müsse man hinzufügen, dass dessen wirtschaftliche Entwicklung auch Sachsen-Anhalt zugutekomme, erklärte Gallert, denn Waren im Wert von drei Milliarden Euro würden aus Sachsen-Anhalt nach Polen exportiert.

„Unsere Zukunft ist Europa, eine andere haben wir nicht“, das habe schon Hans-Dietrich Genscher gewusst, von dem dieses Zitat stamme, sagte Andreas Silbersack (FDP). Die Wahl am 9. Juni werde zeigen, in welche Richtung sich Europa und Deutschland entwickelten. Im Rahmen des europäischen Binnenmarkts habe es in den letzten zwei Jahrzehnten keinen größeren Profiteur gegeben als Deutschland. Natürlich hätten die Mitgliedsstaaten jeweils eigene Vorstellung von der Entwicklung der EU, aber „wir können es uns nicht leisten, dass das Europa von 27 Nationalstaaten auseinanderdriftet“. Freilich halte jede Nation an der eigenen Identität fest, aber setze man dabei auf Grenzen und Zölle, dann „schießen wir uns selbst ins Knie“, sagte Silbersack in Richtung AfD. Die Herausforderungen von Wirtschaft, Migration und Green Deal müssten gemeinsam angegangen werden.

Die Europäische Union sei widerstandsfähig, gerecht, solidarisch und gebe Sicherheit, erklärte Dorothea Freder-



Flaggen der Mitgliedsländer vor dem europäischen Parlament in Brüssel.

king (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Zusammenarbeit und Einigkeit seien gut für die Interessen der Nationalstaaten, aber eben für alle Mitgliedstaaten. Der Green Deal müsse weitergehen, denn er stehe für eine klimaneutrale Wirtschaft und sei zugleich ein kraftvolles Konjunkturprogramm, er mache Europa widerstandsfähiger gegen die Auswirkungen des Klimawandels. Im Sinne von „erhalten, was uns erhält“ begrüßte Frederking das neue EU-Renaturierungsgesetz. „Wir brauchen Transformationen, die sozial gerecht sind“, erklärte Frederking. So setzten sich die

Grünen beispielsweise für eine staatlich gestaffelte Mindestlohnrichtlinie ein.

Die Idee eines geeinten, friedlichen und wirtschaftlich gemeinsam agierenden Europas sei schon älter, habe aber erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Form angenommen, erinnerte Markus Kurze (CDU). Seit 1949 habe sich das Staatenbündnis stetig weiterentwickelt – von wirtschaftlicher Zusammenarbeit über Grenzenlosigkeit bis hin zur gemeinsamen Währung Euro. Die Europäische Union sei sogar mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Die

Menschen stellten sich die EU in Zukunft mit noch stärkerer Wirtschaft vor, sie solle demokratisch agieren und rechtsstaatlich sein, sagte Kurze. Manche Verbote und Zwänge wie das Verbrenneraus und die Gebäuderichtlinie gingen ein Stückweit an der Leistungsfähigkeit der Menschen vorbei, konstatierte Kurze. Wenn manche Dinge nicht so liefen wie gedacht, müssten diese auch hinterfragt und geändert werden.

Am Ende der Aussprache zur Regierungserklärung des Europaministers wurden keine Beschlüsse gefasst. Dr. Stefan Müller

Bürgerenergie – Wie viel Potenzial?

Zum Voranbringen der Energiewende sollte die Landesregierung per Antrag der Grünen unter anderem ein Förderprogramm für Bürgerenergiegemeinschaften auflegen. Bei der Abstimmung sprach sich allerdings eine Mehrheit gegen das Vorhaben aus.

Der beste Moment, eine Bürgerenergiegemeinschaft zu gründen, sei vor 25 Jahren gewesen, aber der zweitbeste sei jetzt, merkte Sebastian Striegel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) an. Auch in Sachsen-Anhalt gebe es mittlerweile viele Engagierte in diesem Bereich. Sachsen-Anhalt solle weiter ein Energieland bleiben, doch dies gelinge nur mit „100 Prozent Erneuerbaren“, so Striegel. Mit ihrem Antrag dränge seine Fraktion darauf, die Neugründung von Bürgerenergiegemeinschaften zu erleichtern und die bestehenden bei der Professionalisierung zu unterstützen – „das wäre richtig gut angelegtes Geld“, meinte Striegel.



Die Illustration zeigt symbolisch, wie eine Bürgerenergiegemeinschaft aufgebaut sein könnte.

Akzeptanz und Bürgerbeteiligung seien wichtige Faktoren für das Gelingen der Energiewende, die Landesregierung habe eben darum ein solches Gesetz auf den Weg gebracht, erklärte Energieminister Prof. Dr. Armin Willingmann (SPD). Durch das Gesetz sollen Gemeinden angemessen an den Erträgen aus den erneuerbaren Energien beteiligt werden. Die Errichtung und der Betrieb von Wind- und Solarenergieanlagen durch Energiegemeinschaften würden bundesseitig unterstützt. Die Landesenergieagentur stehe als Ratgeberin an der Seite von Energie-Initiativen, sicherte der Minister zu.

Energiegenossenschaften liefen im Osten Deutschlands nicht so gut, Hauptgrund sei, dass die Menschen hier nicht so viel Geld übrig hätten, um es in einer Genossenschaft anzulegen, erklärte Michael Scheffler (CDU). Dass sich solche Initiativen nicht umsetzen ließen, liege weder an fehlender Anschubfinanzierung noch an unzureichender Förderung, sondern an der politischen Nicht-Durchsetzbarkeit.

Die Grünen wollten mit ihrem Antrag glauben machen, in Sachsen-Anhalt herrsche in Sachen Energiewende Aufbruchstimmung, aber das Gegenteil sei der Fall, meinte Dr. Jan Moldenhauer (AfD). Bürgerenergiegemeinschaften sollen laut Antrag staatlich gefördert werden, dieses Vorhaben bezeichnete Moldenhauer als „energiepolitischen Unfug“. Die AfD halte an einem Energiemix mitsamt Kohle, Gas und Öl fest und wolle so „die Deindustrialisierung in Sachsen-Anhalt“ stoppen.

Die Landesregierung habe ein Akzeptanzgesetz auf den Weg gebracht, es sei eine gute Lösung, um die Menschen vor Ort bei der Errichtung von Wind- und Photovoltaikanlagen mitzunehmen, sagte Andreas Silbersack (FDP). Bei den von den Grünen vorgeschlagenen Maßnahmen für die Unterstützung von Bürgerenergiegemeinschaften seien ihnen Maß und Mitte „völlig verlorengegangen“.

Die dezentrale Energieerzeugung sei der Kern der Energiewende – weg von den

fossilen hin zu den erneuerbaren Energien, wodurch die regionale Wertschöpfung gestärkt werde, erklärte Kerstin Eisenreich (Die Linke). Auch ihre Fraktion sehe in den Bürgerenergiegemeinschaften einen wichtigen Baustein beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Es sei sinnvoll, die Gründung der Gemeinschaften finanziell zu unterstützen.

Die Bürgerenergie sei Thema in der Koalition, versicherte Juliane Kleemann (SPD). Das von der Landesregierung auf den Weg gebrachte Akzeptanz- und Beteiligungsgesetz und die Arbeit daran seien das Richtige, jetzt müsse man schauen, wie sich die Bürgerenergiegemeinschaften, die auch durch das Gesetz motiviert würden, entwickelten. Der Beteiligungsgedanke sei gesetzt, aber der Antrag der Grünen schieße über das Ziel hinaus.

Im Anschluss an die Debatte wurde der Antrag gegen die Ja-Stimmen von Grünen und Linken von der Koalition und der AfD abgelehnt.

Dr. Stefan Müller

In den grünen Oasen

Mit einem Antrag setzt sich die Fraktion Die Linke für die Sicherung des Kleingartenwesens in Sachsen-Anhalt ein. Der Antrag wurde zunächst in die Ausschüsse überwiesen, zu unterschiedlich sind die Ansätze, wie die erhoffte Unterstützung gestaltet werden sollte.

Das Kleingartenwesen sei unter verschiedenen Aspekten sehr wertvoll, so die Fraktion Die Linke, es sei in der Gesellschaft fest verankert, erklärte Kerstin Eisenreich (Die Linke). Auch immer mehr junge Menschen interessierten sich für einen Garten. Das Zusammensein im Verein trage zu einem sozialen Miteinander bei. Doch seit Jahren stehe das Kleingartenwesen vor großen Herausforderungen, so Eisenreich, der Leerstand liege in Sachsen-Anhalt bei circa 17 Prozent. Für die Überwindung des Leerstands gebe es vielfältige Ideen: Gemeinschaftsgärten, Blüh- und Streuobstwiesen oder Kooperationen mit Imkern, Schulen und Kitas. Die Kleingartenkultur solle durch abzustimmende Maßnahmen zukunftsfest gemacht werden, so Eisenreich.

Es sei wichtig, auf die Bedeutung des Kleingartenwesens hinzuweisen, betonte Landwirtschaftsminister Sven Schulze (CDU). Er erinnerte an die Arbeit der Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau Sachsen-Anhalt (LLG), dort sei Landesgeld besser angelegt, als in den

kommenden Haushaltsverhandlungen eine Million Euro pro Jahr zur Förderung von Umbaumaßnahmen über die bestehenden Kleingarten-Förderprogramme hinaus zur Verfügung zu stellen, wie es in Punkt 7 des Antrags gefordert werde.

Gärtnern sei mehr als nur eine Freizeitbeschäftigung: es biete einzigartige Möglichkeiten, dass Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten miteinander in Kontakt träten, Kleingärten seien ein wertvoller Treffpunkt für Austausch und Gemeinschaft, meinte Elrid Pasbrig (SPD).

Wer einen Garten hat, lebt schon im Paradies, heiße ein Sprichwort, sagte Daniel Rausch (AfD), deswegen sei es wichtig, das Kleingartenwesen zu erhalten. Aber man müsse den Vereinen nicht sagen, was sie machen sollen, das wüssten sie ganz allein. Bildungsveranstaltungen und Leitfäden, wie von den Linken gefordert – „Wer braucht sowas?“, fragte Rausch irritiert.

Gärtnern sei eine Tätigkeit des Vertrauens darein, dass es weitergehe; man lerne

Demut und Geduld, sagte Kathrin Tarricone (FDP). So mancher, der derzeit über den Gartenzaun blicke, sehe allerdings keinen anderen gepflegten Garten, sondern brachliegende Parzellen. Tarricone regte an, moderne Ideen für leerstehende Anlagen zu entwickeln und nötigenfalls Flächen sinnvoll umzuwidmen.

„Wir begrüßen die aktive Unterstützung der Kleingärten, sie stehen für Begegnungen zwischen den Generationen und den Kulturen, sie sind ein Ort der Biodiversität“, erklärte Dorothea Frederking (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Sie sprach sich für eine Anhörung im Ausschuss aus, in der man mit dem Landesverband der Gartenfreunde feststellen könne, welche Maßnahmen funktionierten und welche noch nachgelegt werden müssten.

Das Thema Kleingartenvereine müsse vor Ort behandelt werden, zeigte sich Guido Heuer (CDU) überzeugt. Das Land habe vielfach kein Recht, sich da einzumischen, weil die Flächen der Gartenanlagen meist den Kommunen, der Deutschen Bahn oder den Kirchen gehöre. Ließen sich Anlagen nicht erhalten, könnten für Flurneuordnung, Rückbau und städtebauliche Maßnahmen Fördermittel beantragt werden.

Im Anschluss an die Debatte wurde der Antrag der Linken in die Ausschüsse für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten (federführend) sowie für Infrastruktur und Digitales und für Finanzen (mitberatend) überwiesen. Dr. Stefan Müller



Kleingärten sind für viele Menschen ein wichtiger Teil von Hobby und Erholung.

Eine Wahl mit Verspätung

Zuletzt hatte es im Juni 2023 einen Anlauf gegeben, einen Landesbeauftragten für den Datenschutz für das Land Sachsen-Anhalt zu wählen. Nun schlugen die Koalitionsfraktionen erneut eine gemeinsame Kandidatin vor – mit Erfolg.



Maria Christina Rost wurde vom Landtag im April 2024 zur neuen Landesbeauftragten für den Datenschutz in Sachsen-Anhalt gewählt.

Der damalige Kandidat der Koalition aus CDU, SPD und FDP war trotz nomineller Stimmenmehrheit des Fraktionsbündnisses am Mehrheitsvotum gescheitert. Im April 2024 legten CDU, SPD und FDP nun einen neuen Wahlvorschlag vor: Gemäß Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetzes Sachsen-Anhalt in Verbindung mit der Landesverfassung sollte die Juristin Maria Christina Rost zur neuen Landesbeauftragten für den Datenschutz Sachsen-Anhalt gewählt werden. Diesmal ging die Rechnung auf. Für Rost stimmten 66 der anwesenden 94 Abgeordneten, gegen sie votierten 26, es gab zwei Enthaltungen.

Die 48-jährige Rost war seit 2012 bis dato beim hessischen Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit beschäftigt und leitete

dort die Stabsstellen Öffentlichkeitsarbeit und Justizariat. Vor ihrer Tätigkeit beim Datenschutz war sie in der Kanzlei des Hessischen Landtags, im Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und als Rechtsanwältin tätig.

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz (LfD) überwacht die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten durch Behörden und andere öffentliche Stellen im Land Sachsen-Anhalt. Sie gibt Empfehlungen zur Verbesserung des Datenschutzes, berät den Landtag, die Landesregierung sowie sonstige öffentliche Stellen und arbeitet mit anderen Datenschutzinstitutionen der Länder, des Bundes und anderer Staaten zusammen.

Der Landtag wählt die Landesbeauftragte für den Datenschutz mit der

Mehrheit der Mitglieder des Landtags für die Dauer von fünf Jahren. Nach Artikel 63 Absatz 3 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt ist sie in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Über ihre Arbeit und Erkenntnisse berichtet sie dem Landtag in einem regelmäßigen Tätigkeitsbericht und informiert Behörden und die Öffentlichkeit über Datenschutz und Datensicherheit.

Nach dem Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger (DSG-LSA) kann sich jedermann an die Landesbeauftragte wenden, wenn man meint, durch Verarbeitung oder Nutzung persönlicher Daten durch öffentliche Stellen in den eigenen Rechten verletzt worden zu sein. Die Landesbeauftragte hat ihren Sitz in der Landeshauptstadt Magdeburg.

Dr. Stefan Müller

Lehren aus der Corona-Pandemie

Sachsen-Anhalt hat seit Anfang April eine eigene 16-köpfige Experten-Kommission zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie. Die AfD-Fraktion thematisierte in einem Antrag die Zusammensetzung und die Verfahrensweise der Kommission.

In ihrem Antrag äußerte die AfD-Fraktion „berechtigter Zweifel an der ehrlichen Aufarbeitung der Corona-Pandemie durch die Landesregierung“. Ihrer Ansicht nach sollte die Regierungskommission erweitert werden und zukünftig zur Hälfte von der Landesregierung und dem Landtag besetzt werden, um mehr Transparenz bei der Aufarbeitung zu gewährleisten. Ulrich Siegmund (AfD) erklärte: „Wir müssen endlich diejenigen zur Verantwortung ziehen, die diese Verbrechen zu verantworten haben.“ Die offengelegten Protokolle des Robert-Koch-Instituts (RKI) würden belegen, dass die Entscheidungen nicht aus wissenschaftlichen, sondern aus politischen Gründen getroffen worden seien, monierte auch sein Fraktionskollege Jan Scharfenort. Das RKI habe zwar seinen Job gemacht, sei aber gezwungen worden, der Bevölkerung gegenüber die Unwahrheit zu sagen.

Kulturminister Rainer Robra (CDU) erläuterte, die Kommission solle evaluieren, „was wir in Sachsen-Anhalt besser oder schlechter gemacht haben als andere Bundesländer“. Robra versicherte, dass auch die kontroversen gesellschaftlichen Debatten zur Sprache kommen würden. Ergebnisse erwarte er im Frühjahr 2025.

In Sachsen-Anhalt seien 6 000 Menschen an der Corona-Pandemie gestorben. Keine der seinerzeitigen Einschränkungen seien dabei leichtfertig getroffen worden, konstatierte Dr. Heide Richter-Airijoki (SPD). Heute blicke man mit einem anderen Wissen auf die Pandemie und die Maßnahmen, daher sei es gut, sich noch

Relativ schnell nach Ausbruch der Corona-Pandemie wurden unterschiedliche Impfstoffe entwickelt.

einmal intensiv damit zu beschäftigen. Dennoch werde die Aufarbeitung „keine Blaupausen“ für die Zukunft liefern.

Bereits vor zwei Jahren hätte sie die Einsetzung eines Pandemierats gefordert, leider erfolglos, kritisierte Nicole Anger (Die Linke). Grundsätzlich begrüße sie deshalb die Einsetzung der Kommission, die Zusammensetzung sei jedoch äußerst fragwürdig. Wie im Alternativantrag ihrer Fraktion gefordert, brauche es Mitglieder aus Legislative und Exekutive sowie aller gesellschaftlichen Bereiche.

Dazu unterstrich Konstantin Pott (FDP), der Alternativantrag von CDU, SPD und FDP weise darauf hin, dass die Kommission selbst darüber entscheiden könne, welche anderen Experten sie noch anhören wolle. Anders als es der AfD-Antrag suggeriere, sei die Pandemiekommission kein Regierungsgremium, sondern arbeite unabhängig.

Es sei nötig, die Erwartungen an die Ergebnisse der Kommission realistisch zu

halten, meinte Susan Sziborra-Seidlitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die AfD-Fraktion habe offenbar den Unterschied zwischen Wissenschaft und Politik nicht verstanden. Es sei absurd, die Kommission entsprechend der Wahlergebnisse und Sitze im Parlament zusammensetzen zu wollen. Tobias Krull (CDU) erklärte, zur Aufarbeitung werde auch gehören, dass man sich mit Long Covid beschäftige und natürlich, ob die eingeleiteten Maßnahmen in Sachsen-Anhalt die richtigen waren. Der Abschlussbericht würde sicher im Ausschuss und im Landtag diskutiert, dies sei der richtige Weg. Der AfD-Fraktion gehe es stattdessen nur darum „ein polemisches Theaterstück“ aufzuführen, so Krull.

Der Antrag der AfD-Fraktion wurde abgelehnt, ebenso der Alternativantrag der Fraktion Die Linke.

Der Alternativantrag der Koalitionsfraktionen von CDU, SPD und FDP wurde angenommen.

Stefanie Böhme



Eine Wahl als Anfang vom Ende

Bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 wurde von Wahlbeobachtern erstmals offiziell eine Wahlfälschung durch die SED nachgewiesen – Bürgermut entlarvte die Staatsführung. Die Folgen waren revolutionär.

Wenn am 9. Juni 2024 rund 1,8 Millionen Menschen in Sachsen-Anhalt aufgerufen sind, bei den Europa- und Kommunalwahlen ihre Stimme abzugeben, dann können sie sicher sein, dass bei den Wahlen alles mit rechten Dingen zugeht. Im Laufe der jüngeren Geschichte war das nicht immer so. Bei den Kommunalwahlen in der DDR am 7. Mai 1989 wurden die Wahlergebnisse nachweislich durch die Staatspartei SED manipuliert. Diese wollte damit die angeblich große Zustimmung des Volkes zu ihrer Politik unter Beweis stellen.

Freie und faire Wahlen sind die Grundvoraussetzung jeder Demokratie. In Artikel 38 des Grundgesetzes heißt es, dass die Abgeordneten „in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl“ gewählt werden. Das bedeutet unter anderem, dass alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Geschlecht oder ihrem Einkommen ein Stimmrecht haben, ihre Wahlentscheidung nicht beeinflusst werden darf und jede Stimme gleich viel zählt. Sichergestellt werden muss zudem, dass alle Wählenden unbeobachtet allein abstimmen können.

Auch in der DDR wurden Wahlen per Wahlgesetz als „allgemein, gleich, unmittelbar und geheim“ postuliert, doch die Praxis sah anders aus. „Bei den Wahlen in der DDR, und besonders bei den Kommunalwahlen im Mai 1989, wurde immer gemauschelt. Das wusste jeder“, erinnert sich Dr. Willi Polte. Der heute 86-jährige Politiker war nach der Wende elf Jahre lang Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg und von 2002 bis 2006 Abgeordneter des Landtags von Sachsen-Anhalt.



Magdeburgs Alt-OB Dr. Willi Polte erinnert sich noch gut an die Fälschung der DDR-Kommunalwahl im Mai 1989.

Gerade 1989 sei deutlich geworden, wie die SED selbst vor Wahlfälschungen nicht zurückschreckte, um den Machtverlust weiter hinauszuzögern.

Träger der Wahlen in der DDR war die Nationale Front, die die verschiedenen Parteien und Massenorganisationen vor Ort koordinierte. Die Kandidatenvorschläge wurden zu einer gemeinsamen Liste der Nationalen Front zusammengeführt. Eine Wahl im Sinne einer Auswahl zwischen mehreren, miteinander konkurrierenden Parteien, deren Programmen und Zielvorstellungen fand nicht statt. Der eigentliche Wahlvorgang bestand dann nur noch in der Bestätigung der Wahlvorschläge (Einheitslisten der Nationalen Front), wobei die Wahlzettel von den meisten Wählenden einfach gefaltet und



Das Parteiblatt „Neues Deutschland“ veröffentlichte am Tag nach der Kommunalwahl die gefälschten Ergebnisse.

in die Wahlurne gesteckt wurden, in der Regel, ohne etwas darauf zu markieren.

„Ich bin immer in die Wahlkabine gegangen“, erzählt Polte, „obwohl ich wusste, dass ich mich damit einer oppositionellen, staatsfeindlichen Gesinnung verdächtig machte.“ Aber das sei ihm egal gewesen. Vor der 1989er Wahl habe die Volksstimme, das damalige SED-Bezirksorgan, die Leser unter dem Motto „Was uns heute gefällt und morgen besser sein kann“ zu Vorschlägen aufgerufen. „Ich habe dreieinhalb Seiten mit konkreten Vorschlägen eingereicht, eine Antwort aber nie bekommen.“ Dafür sei er wenig später, im April 1989, vermutlich inszeniert von der Stasi, zum Rektor der Otto-von-Guericke-Universität (Polte war damals Wissenschaftli-



Schnappschuss während der Auszählung der Stimmen in einem Wahllokal. Interessierte Bürgerinnen und Bürger beobachten das Ganze. Im Nachhinein konnte so die gefälschte Auszählung bezeugt werden.

cher Mitarbeiter an der Uni) bestellt und hochnotpeinlich zu seinem Leserbrief befragt worden.

Ein Jahr nach den 1989er Kommunalwahlen in der DDR wurde Polte zum Oberbürgermeister von Magdeburg gewählt. „Meine dreieinhalbseitigen Vorschläge habe ich mit ins neue Amt genommen und als OB dann dafür gesorgt, dass zum Beispiel mein Vorschlag zum Wiederaufbau der Johanniskirche in die Tat umgesetzt wurde.“ Aus seinem Vorschlag zur dauerhaften Anbindung Magdeburgs an das ICE-Netz Hannover-Berlin sei aber leider bis heute nichts geworden.

Bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 wurde erstmals eine von der SED initiiert

te Wahlfälschung nachgewiesen. „Die Wahlen fanden in einem veränderten politischen Klima statt, das war deutlich zu spüren“, sagt Polte und verweist auf Michael Gorbatschows Glasnost und Perestrojka, auf Polens Gewerkschaft Solidarność und Ungarns Abbau der Grenzanlagen zu Österreich. Die internationale Entwicklung und der wachsende Unmut in der DDR-Bevölkerung habe Spuren hinterlassen. Am Wahltag führte das alles dazu, dass landesweit in bis zu 1 000 Wahllokalen Bürgerinnen und Bürger den Aufrufen aus der Opposition folgten und die Stimmauszählung beobachteten und protokollierten. Die Beobachtenden registrierten deutlich mehr Neinstimmen, als offiziell bekanntgegeben wurden – in so gut wie allen Wahlkreisen.

Mit heimlichen Ton- und Bildaufzeichnungen konnten Bürgerrechtler nachweisen, dass Ergebnisse manipuliert wurden. Trotzdem sprach DDR-Wahlleiter Egon Krenz am Wahlabend im DDR-Fernsehen von einem „eindrucksvollen Votum“ mit einer Zustimmung von 98,85 Prozent für die Kandidaten der Nationalen Front. Nach diesem amtlichen Wahlergebnis beschwerten sich mehrere Personen mit Eingaben bei staatlichen Stellen oder stellten sogar Strafanzeige wegen Wahlbetrugs. Leider zunächst ohne Erfolg, denn Stasi-Chef Erich Mielke gab die Order heraus, die Anzeigen abzuweisen und den Anzeigern mitzuteilen, dass keine Anhaltspunkte für den Verdacht einer Straftat vorlägen. Beschwerden dagegen seien abschlägig zu bescheiden. Soweit zum „Rechtsstaat“ DDR.

Erst nach dem Mauerfall begann auch die strafrechtliche Aufarbeitung der Wahlfälschungen vom Mai 1989. Mindestens 20 Verfahren gab es. Sechs Angeklagte wurden wegen Wahlbetrugs und Anstiftung zum Wahlbetrug zu Bewährungsstrafen verurteilt, darunter Bürgermeister und hohe SED-Funktionäre. Hans Modrow, damals 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, erhielt eine Bewährungsstrafe von neun Monaten. Der ehemalige Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer musste eine Geldstrafe von 36 000 DM zahlen. Das Verfahren gegen Wahlleiter Egon Krenz wurde im Herbst 1997 eingestellt, weil er wegen des Schießbefehls bereits zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden war.

DDR-Bürgerrechtler hätten die Aufdeckung der Wahlfälschungen als einen „Sargnagel der Diktatur“ bewertet, erklärt der Geschäftsführer des Leipziger Bürgerkomitees, Tobias Hollitzer. Der gezeigte Bürgermut habe damals entscheidend zur Delegitimierung der DDR-Regierung beigetragen.

Wolfgang Schulz

Rückkehr zur Demokratie

Exakt vier Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, am 8. Mai 1949, beschloss der Parlamentarische Rat das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Gut zwei Wochen später wurde es feierlich unterzeichnet.

Ein knappes Jahr vor ihrer Unterzeichnung hatten die Militär-gouverneure der britischen, französischen und amerikanischen Besatzungszone die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder beauftragt, eine Verfassung auszuarbeiten zu lassen. Diese Aufgabe übernahm der Parlamentarische Rat. Seine 65 Mitglieder wurden vorher von den Länderparlamenten der drei westlichen Besatzungszonen gewählt. Sie gingen als die „Mütter und Väter des Grundgesetzes“ in die Geschichte ein.

Am 23. Mai 1949 begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte Deutschlands. „Heute wird nach der Unterzeichnung und Verkündung des Grundgesetzes die Bundesrepublik Deutschland in die Geschichte eintreten“, sagte der spätere erste deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer vor 75 Jahren vor der Unterzeichnung des Grundgesetzes. Der Begriff „Verfassung“ war damals bewusst vermieden worden: Das Grundgesetz sollte eine Übergangslösung bis zu einer gesamtdeutschen Verfassung sein. Diese wurde – nachdem in der DDR seit Oktober 1949 eine eigene Verfassung gegolten hatte – das Grundgesetz mit der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990.

Das Grundgesetz erlebte seit seiner feierlichen Verkündung vor 75 Jahren eine außergewöhnliche Geschichte, die immer auch eine Erfolgsgeschichte war, ist es doch schon sehr viel länger in Kraft als die deutschen Verfassungen von 1848, 1871 und 1919. Es flossen wichtige Erfahrungen der deutschen Geschichte in das Grundgesetz ein, das die Bundesrepublik Deutschland

als demokratischen, föderalen und sozialen Rechtsstaat definiert, als eine parlamentarische Demokratie, in der alle Gewalt vom Volke ausgeht.

Ein zentrales Element ist der auf deutschen Traditionen beruhende Föderalismus. Die Bundesländer haben eigene Verfassungen und Hoheitsrechte und wirken über den Bundesrat an der Gesetzgebung des Bundes mit.

Trotz seines Alters ist das Grundgesetz immer mit der Zeit gegangen. „Das Grundgesetz kann schon deswegen kaum alt und verstaubt wirken, weil es zwei Mechanismen gibt, die es gewissermaßen auf der Höhe der Zeit halten“, erklärte der Rechtsphilosoph Prof. Dr. Horst Dreier einst im Deutschlandfunk. Zum einen sei dies die formelle Verfassungsänderung. Immerhin wurde das Grundgesetz bisher an die 70 Mal geändert und so an aktuelle Gegebenheiten angepasst. Außerdem gibt es den Verfassungswandel, bei dem sich zwar nicht der Text des Grundgesetzes ändert, aber dessen Auslegung.

Die Artikel des Grundgesetzes stehen über allen deutschen Rechtsnormen. Drei prägen Politik und Leben in der Bundesrepublik Deutschland auf besondere Weise: der Artikel 1, in dem die Grundrechte festgelegt sind, Artikel 20 mit den Grundprinzipien der politischen Ordnung wie Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaat sowie Artikel 79, in dem bestimmt wird, dass weder Artikel 1 noch Artikel 20 aufgehoben werden können.

Artikel 1 beginnt mit der Feststellung: „Die Würde des Menschen ist unantast-

bar.“ Dieser Wortlaut sowie die nachfolgenden, konkretisierenden Sätze und Artikel zu den Grund- und Menschenrechten wurden auch in die Verfassung Sachsen-Anhalts (1992) übernommen. Während der Gedenkveranstaltung zum 65. Jahrestag des Inkrafttretens des Grundgesetzes im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes nannte der damalige Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert das Grundgesetz einen der besonderen Glücksfälle der deutschen Geschichte. Es habe sich der Herausforderungen der vergangenen Jahrzehnte gewachsen gezeigt, mit ihm war die Einrichtung der Bundeswehr, die Eingliederung in die Europäische Union und auch die Wiedervereinigung machbar – Ereignisse also, die die Väter und Mütter des Grundgesetzes nicht vorhersehen konnten.

Hat Sachsen-Anhalt eigentlich eine originäre Verbindung zum Grundgesetz von 1949? Diese Frage kann bejaht werden, es ist im Mindesten eine personelle. Einer der Väter des Grundgesetzes etwa war Ernst Reuter, und der war von 1931 bis 1933 Oberbürgermeister von Magdeburg und von 1932 bis 1933 zugleich auch Abgeordneter des Reichstags für den Wahlkreis Magdeburg. Ob er bei der Arbeit am Grundgesetz auch an seinen früheren Wirkungsort gedacht hat?

Gudrun Oelze/Dr. Stefan Müller

Die Unterschriften des Präsidiums des Parlamentarischen Rats auf dem Grundgesetz vom 23. Mai 1949.

Der Parlamentarische Rat hat das vorstehende Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in öffentlicher Sitzung am 8. Mai des Jahres Eintausendneuhundertneunundvierzig und fünfzig gegen zwölf Stimmen beschlossen. Zu Urkunde dessen haben sämtliche Mitglieder des Parlamentarischen Rates die vorliegende Urschrift des Grundgesetzes eigenhändig unterzeichnet.

BONN AM RHEIN, den 23. Mai des Jahres Eintausendneuhundertneunundvierzig

Hermann Müller
PRÄSIDENT DES PARLAMANTARISCHEN RATES

Adolph Schönfelder
I. VIZEPRÄSIDENT DES PARLAMANTARISCHEN RATES

Hermann Müller
II. VIZEPRÄSIDENT DES PARLAMANTARISCHEN RATES

Zwischen Huy und Fallstein: Osterwieck, die Fachwerkstadt

Im Tal der Ilse, zwischen Huy und Großem Fallstein, liegt Osterwieck. Zur Einheitsgemeinde gehören neben der namensgebenden Fachwerkstadt weitere 19 Ortschaften und Ortsteile. In ihr leben rund 11 300 Menschen.

Die Einheitsgemeinde Osterwieck ist flächenmäßig größer als die Landeshauptstadt Magdeburg. Glücklicherweise ist sie von den Kriegszerstörungen des vorherigen Jahrhunderts verschont geblieben und ihr überaus reicher Fachwerkbestand daher weitgehend erhalten. Gewiss: Bunte Häuser mit senkrechten und waagerechten Holzbalken, oft reich verziert mit Flechtbändern, unentwirrbaren Zauberknoten, Runen oder Rosetten, künden in vielen anderen Harzorten gleichfalls von der Tradition des Fachwerkbaus ab dem Mittelalter. In Osterwieck aber sprechen etliche dieser alten Bauten auch noch zu den heutigen Betrachtern, erzählen mehr als vom Namen ihrer Erbauer und dem Entstehungsjahr. Lateinische und deutsche Inschriften auf Stockschwelen

und Brüstungsbohlen lassen dort auch erkennen, was den damaligen Hausherrn wichtig war: Ein Bekenntnis zu Martin Luther und zur Reformation.

In keiner anderen Stadt Sachsens-Anhalts lässt sich dies anhand einer Fülle von biblischen Texten an den ehrwürdigen Fassaden so nachempfinden wie in Osterwieck. So ist an einem der schönsten Fachwerkhäuser der kleinen Stadt zu lesen: „Verbum domini in eternum“ (Das Wort des Herrn in Ewigkeit). Darüber hinaus reich verziert mit allerlei Tier- und Fabelwesen, sind in dem Schnitzwerk am Haus Schulzenstraße 8 auch ein Mann mit einem Becher in der Hand sowie eine Schere gut zu erkennen – ein Hinweis darauf, dass sich in diesem um 1530 errichteten Gebäu-

de einst die Gewandschneidergilde traf. Die Schere sowie die Darstellung einer Eule und eines Narren waren dann auch namensgebend für das Eulenspiegelhaus, denn der Legende nach soll Till Eulenspiegel ja als Schneidergeselle gearbeitet haben.

Der Legenden gibt es viele in der von Fachleuten als einzigartig gepriesenen historischen Fachwerkstadt inmitten der Hügellandschaft des nördlichen Harzvorlands. Sie bietet ihren Bewohnern und Gästen in einem fast vollständig geschlossenen Innenstadtensemble an die 400 unter Denkmalschutz stehende Fachwerkhäuser aus mehreren Stilepochen – von der Gotik über den Niedersächsischen Stil bis zur Renaissance und zum Barock. Sie hat damit mehr als Quedlinburg und Wernigerode zusammen.

Die meisten von ihnen sind in den vergangenen mehr als 30 Jahren Altstadt-sanierung sorgfältig restauriert worden, sodass sich Osterwieck durchaus würdig in den Reigen bunter und sehenswerter sachsen-anhaltinischer Fachwerkstädte wie Quedlinburg, Wernigerode oder Stolberg einreihen kann. Deren Bewohnern sowie Gästen aus dem ganzen Harzkreis will Osterwieck beim dies-

Ein Förderverein sorgt für neues Leben auf „Schäfers Hof“, einer historischen Hofanlage. Zum Harzfest im Juni 2024 wird rund um den zehneckigen Taubenturm sowie im Bauerngarten wieder mittelalterliches Treiben herrschen.





Reich verziert wie diese sind viele Fachwerkhäuser in Osterwieck, an denen häufig auch Inschriften mit protestantischen Devisen zu finden sind.

jährigen Harzfest vom 14. bis 16. Juni 2024 seine städtebaulichen Trümpfe aus 1050 Jahren Stadtgeschichte präsentieren. Denn zeitgleich mit dem Harzfest feiert Osterwieck ein Stadtjubiläum. Der Legende nach soll die Stadt ihre Entstehung Karl dem Großen verdanken. Er habe, so heißt es, eine dortige Siedlung „Seligenstadt“ genannt und eine Kirche für ein Missionszentrum gegründet. Otto II. verlieh dem Flecken im Jahr 974 dann Münz- und Zollrecht. Zwar wurde der Name „Osterwic“ erstmals im Jahre 1073 erwähnt, doch feiern die Osterwiecker 2024 nach der kaiserlichen Urkunde von 974 bereits in diesem Jahr das 1050-jährige Bestehen ihrer Stadt. Das Originaldokument existiert ohnehin nicht mehr, doch auf eine Kopie von einer Kopie ist man stolz im Osterwiecker Heimatmuseum. Das befindet sich in einem der ältesten Bauten am Markt, war bis vor hundert Jahren das Rathaus und ist heute voll von Sehenswertem und Geheimnisvollem zur Stadtgeschichte.

Matthias Hoffmann von der Stadtverwaltung führt Besucher auf vielfältige Weise durch die Geschichte seiner Wahlheimat. Im einstigen Rathaus zunächst über eine spindelförmige Wendeltreppe hinauf zum ehemaligen großen Ratssaal. Über die 500 Jahre alten Stufen, durch keinen Nagel oder Schraube miteinander verbunden, schritten wohl auch so bedeutende Persönlichkeiten wie einst Zar Peter der Große, den der gute Ruf der Osterwiecker Waffenmacher hierhergelockt haben soll. Denn neben vielen geschnitzten und bemalten originalen Fassadenteilen, deren Häuser nicht mehr existieren, verweist Matthias Hoffmann auf besondere Glanz- und Schmuckstücke des Museums: einen mittelalterlichen reich verzierten Hochzeitsteller aus Ahornholz, die Ratstabula mit den Namen aller Osterwiecker Bürgermeister von 1227 bis 1933 sowie Stücke der sieben in der Stadt ansässigen Gilden – und früher in Osterwieck gefertigte Waffen vom Schwert über Pistolen bis zu Infan-

teriegeschossen und diversen Rüstungen. Sie werden hinter einer schweren Tresortür verwahrt, die einst wohl die Stadtkasse schützte ...

Denn seinen heute berühmten Fachwerk-Reichtum verdankt Osterwieck dem früheren Reichtum seiner Bewohner. Handel und Handwerk brachten ihnen damals Wohlstand, was sie nach außen gern an besonders reich geschmückten Fassaden ihrer Häuser zur Schau stellten.

Von handwerklichem Können, aber auch von geschicktem Marketing zeugt das Osterwiecker Ledergeld, von dem im einstigen Bürgermeisterzimmer des Museums berichtet wird. Auf feinstem Glacéleder wurden zur Wirtschaftskrise 1922/23 in Osterwieck 177 000 Geldscheine zu jeweils 20, 50, 100 und 500 Mark sowie eine Goldmark mit einem Nennwert von zusammen knapp drei Millionen Mark gedruckt. >>>

>>> Sie dienten zwar hauptsächlich Sammlerzwecken, versehen mit dem Aufdruck „Baustein“ erwies sich die Herausgabe des Ledergelds durch den Magistrat von Osterwieck jedoch als eine hervorragende Werbung für die hiesige Handschuhindustrie. Denn auch wenn Zar Peter das Können der hiesigen Waffenschmiede besonders schätzte, wichtig für die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt waren auch die anderen Gilden, jene Zusammenschlüsse von Handwerkern wie die der Gewandschneider, Bäcker, Schuster, Krämer, Fleischer oder Schmiede. Später waren es vor allem Handschuhmacher, die den Ruf Osterwiecks in alle Welt trugen. Bis zu 2 000 Menschen sollen in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts in der Gerber- und Handschuhmacherstadt gearbeitet haben. Feine Lederhandschuhe – bis zu 50 000 Paar im Jahr – wurden dort auch noch zu DDR-Zeiten gefertigt. Viele davon gingen, ähnlich wie die Erzeugnisse aus dem Kleiderwerk, gen Westen und tauchten unter anderem erst im Quelle-Katalog wieder auf, berichtet Matthias Hoffmann beim Museumsrundgang. Bevor er mit den Besuchern das alte Rathaus wieder verlässt, fällt der Blick auf das Modell eines besonders schmucken Fachwerkbaus, den die Osterwiecker liebevoll „Bunter Hof“ nennen und in dem, folgt man der Beschriftung des Modells, „1697 Zar Peter I. logierte“ ...

Das über 400 Jahre alte Gebäude drohte beinahe zu verfallen, als es zu einem Forschungs- und Modellprojekt für die energetische Sanierung wurde. Im November 2016 durch Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff seiner neuen Bestimmung übergeben, wird der ehemalige Adelshof seither unter anderem als Trauzimmer, öffentlicher Sitzungssaal und vom benachbarten Fallstein-Gymnasium genutzt.

Wer Osterwieck besucht, bestaunt dort aber nicht nur die Fülle an Fachwerkbauten aus mehreren Jahrhunderten. Unbedingt sehenswert ist auch die Kirche St. Stephani, deren 53 und 54 Meter



Im einstigen Schusterhaus können heute Urlauber übernachten.

hohen Türme und das Westportal aus der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts stammen. Während dieser Bereich romanischen Ursprungs ist, wurde der Chor 1516, noch vor dem Reformationsjahr, umgebaut. Das zwischen 1552 und 1557 erneuerte Langhaus indes gilt als einer der ersten protestantischen Kirchenbauten weltweit. Die Osterwiecker Baumeister gestalteten nicht nur die Halle im Stil der Reformation, sondern zierten die Arkadenbögen mit 240 Reliefs aus Sandstein, die vom ungeheuren Selbstbewusstsein der damaligen Familien, Handwerker und Zünfte zeugen, die sich dort verewigen ließen.

Attraktiv ist der Wirtschaftsstandort Osterwieck nach wie vor. Insbesondere Unternehmen des Metall- und Maschinenbaus, der chemischen Industrie und der innovativen Wind- und Solarkraft wissen die Vorzüge der Region zu schätzen. Darüber hinaus sind Handwerker und Dienstleister – insgesamt rund 300 Unternehmen – in der Einheitsgemeinde tätig.

Nicht die Spatzen, aber zahlreiche Windräder pfeifen es rund um Oster-

wieck von den Dächern, dass man in dieser Einheitsgemeinde eine Vorreiterrolle hinsichtlich erneuerbarer Energien spielte und noch immer spielt. In der Ortschaft Dardesheim entstand 1994 das erste Windrad in Sachsen-Anhalt. Mittlerweile kommt vom Windpark Druiberg 40-mal so viel Strom, wie Dardesheim selbst verbraucht. Der Energiepark, der auf dem Gelände einer früheren militärisch genutzten Radarstation entstand, scheint aber auch schon in die Jahre gekommen, denn der Landkreis Harz hat mit der Genehmigung für 13 neue, jeweils fast 250 Meter hohe Windkraftanlagen kürzlich erst die Auflage verbunden, 21 der alten Windräder auf dem Druiberg abzubauen. Für die „Stadt der erneuerbaren Energien“, wie sich Dardesheim selbst gern bezeichnet, wird aber auch der erneuerte Energiepark mit Windrädern, Solarzellen, Biogasanlage und Blockheizkraftwerk der größte Gewerbesteuerzahler für den Ort und der Druiberg selbst nicht nur für energetisch Interessierte, sondern mit Rock- und Techno-Festivals ein Anziehungspunkt für Musikbegeisterte aus nah und fern bleiben.



links: Weil es mit seinen drei Stockwerken die Nachbargebäude überragt, wird dieser Bau „Hohes Haus“ genannt. Es ist ein Beispiel für den Übergang vom niedersächsischen Fachwerkstil zur Renaissance. rechts: Die St.-Stephani-Kirche steht auf geschichtsträchtigem Boden, wurde an dieser Stelle doch bereits 780 eine erste christliche Kirche erbaut. Heute ist sie das Wahrzeichen von Osterwieck, ein Denkmal der Romanik, der Spätgotik und des frühen protestantischen Kirchenbaus.

Überhaupt wird Musik in Dardesheim großgeschrieben. Das dortige Stadt-Orchester mit seinen 50 aktiven Bläsern und Schlagzeugern konnte seit 1992 wiederholt nationale Meistertitel in der Blasmusik gewinnen.

Musikalische Klänge ihrer Zeit waren häufig auch in der Ortschaft Hessen zu hören, als das dortige Schloss im 16. Jahrhundert für die Braunschweiger Herzöge zu einer Heimstätte für Musik, Theater, wertvolles Mobiliar, glanzvolle Jagdgesellschaften und opulente Feste wurde. Dort wurde nicht nur prachtvoll Hof gehalten, sondern auch ein Lustgarten geschaffen, der in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts mit rund 1 800 Pflanzenarten Vorbild für die höfische Gartenkultur der deutschen Fürsten und darüber hinaus in Europa war. Heute ist das Gartenareal hinter dem zum Teil sanierten Schloss eine grüne Wiese, auf der im Frühjahr zahlreiche wilde Tulpen erblühen, und der einmal im Jahr (2024 am 8. Juni) mit Konzerten, Tanzvorführungen, Theaterspielen und Gesang zur Schloss- und Gartennacht einlädt.

Ein halbes Jahr danach wird auf der Wasserburg von Zilly Burgweihnacht gefeiert. Jeweils am ersten Adventswochenende erstrahlt in dieser Ortschaft der Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck inmitten eines romantischen Parks die alte Wasserburg mit einem Lichterfest. Es sind nicht nur touristische Highlights, die Osterwieck und ihre Ortschaften sehens- und lebenswert machen. Besucherinnen und Besucher der Region schätzen die liebliche Landschaft mit

malerischen Ortschaften, vielfältige Kultur mit Kirchen, Burgen und Schlössern, die Jahrhunderte alte Geschichten erzählen – und die Bewohner darüber hinaus eine Infrastruktur, die von Kindergärten und Schulen über Ärzte, zahlreiche Möglichkeiten zur Pflege und Betreuung bis zu einem reichhaltigen Freizeitangebot, Dienstleistern und Handwerkern aus allen Bereichen sowie einem regen Vereinsleben reicht.

Gudrun Oelze

Das heutige Heimatmuseum nutzten bis 1923 Osterwiecks Bürgermeister und die Ratsherren als Rathaus. Früher befanden sich in dem Gebäude Am Markt 1 auch ein Arbeitsamt und eine Stempelstelle, später eine Bauschule und das Wirtschaftsamt.



Die Generation Z und der Wandel des Arbeitsmarktes

Der Titel des Buchs ist recht drastisch und macht neugierig auf seinen Inhalt. Es geht um die Arbeitseinstellung der Generation Z, zu der die Menschen gehören, die zwischen 1996 und 2010 geboren sind. Sie wünschen sich kürzere und flexiblere Arbeitszeiten, weniger Überstunden, mehr Gestaltungsmöglichkeiten und vor allem mehr Freizeit. Sehr wichtig ist ihnen auch die strikte Trennung zwischen Beruflichem und Privatem. Dadurch unterscheiden sie sich in ihren Vorstellungen natürlich erheblich von den Vorgängergenerationen. Aus diesem Grund wird ihnen in Bezug auf ihre Arbeitsmoral selten Positives nachgesagt. Der Bestseller-Autor und Psychologe Rüdiger Maas ist Deutschlands bekanntester Generationenforscher. Er beschreibt in seinem Buch hellsichtig, wie Generationen von unterschiedlichen Denkmustern geprägt werden und welche Rolle die digitalen Medien dabei spielen. Er bietet einen lösungsorientierten Blick auf aktuelle Konflikte in der Arbeitswelt und tritt für mehr Verständnis zwischen den Generationen ein. Denn durch einen Wandel des Arbeitsmarktes profitiert letztendlich die gesamte Gesellschaft.

Beate Grau

Rüdiger Maas: Generation arbeitsunfähig. Wie uns die Jungen zwingen, Arbeit und Gesellschaft jetzt neu zu denken. München: Goldmann, 2024.



Auf persönlicher Spurensuche: Wer ist Sahra Wagenknecht?



Ist Sahra Wagenknecht eine Zauberin, die die Vergangenheit zur Zukunft verkürt? Schließt ihre Parteigründung eine Lücke im sich zunehmend erodierenden Parteiensystem Deutschlands, wie viele Beobachter meinen? Diesen spannenden Fragen geht Klaus-Rüdiger Mai in seiner breitangelegten Biografie Wagenknechts unter anderem nach. Charakteristisch für ihre Position ist ihr Kampf gegen den (dominierenden) Postmodernismus in Gesellschaft und Politik. Diesem setzt sie Elemente einer Politik entgegen, die einerseits den sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen verpflichtet ist, andererseits Problemlösungen lediglich im nationalen Kontext für denkbar und wünschenswert erachtet. Daher finden sich gegenwärtig Anhänger auf sozialistischer wie auf konservativer Seite; ob ihre Vorschläge die Neugründung BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht) dauerhaft zum Erfolg führen, ob dies überhaupt wünschenswert ist und ob Sahra Wagenknecht letztlich ein kommunistisches Gesellschaftsmodell propagiert – viele Fragen können derzeit noch nicht abschließend beantwortet werden.

Michael Rahmfeld

Klaus-Rüdiger Mai: Die Kommunistin: Sahra Wagenknecht. Eine Frau zwischen Interessen und Mythen. München: Europa-Verlag, 2024.

Symbole der Macht: Die Regierungsbank im Bundestag

Plenarsäle und ihre Gestaltung sind alles andere als bedeutungsloses Funktionsmobiliar. Vielmehr lassen sich nach Meinung des Autors besonders an der Gestaltungshistorie deutscher Plenarsäle Prägungen aus der langen Epoche der Monarchie erkennen. Die Verortung der Regierungsbank in hervorgehobener Randlage knüpft an den Standort der früheren preußisch-deutschen Monarchen an und profitiert daher in gewisser Weise von der Aura einer vermeintlich überparteilichen Neutralität. Was dies für den Dialog zwischen Abgeordneten und Regierungsmitgliedern bedeutet, untersucht der Autor detailliert unter vergleichender Einbeziehung der Plenarsäle Frankreichs, Großbritanniens und der USA. Ein Blick auf die (wenigen) „Sternstunden“ der Interaktion zwischen Ministerinnen und Ministern und Parlamentariern rundet dieses flüssig geschriebene Werk ab.

Michael Rahmfeld

Christoph Schönberger: Auf der Bank. Die Inszenierung der Regierung im Staatstheater des Parlaments. München: Beck, 2022.



Die außergewöhnliche Geschichte der jüdischen Familie Schindler

Das legendäre Café Schindler wurde 1922 gegründet und schnell zum pulsierenden sozialen Zentrum von Innsbruck – bis die Nazis kamen. Kurt Schindler, der Vater der Autorin dieses Buchs, hat zu Lebzeiten viel über die Geschichte seiner Familie zum Besten gegeben. Nach seinem Tod im Jahr 2017 beschließt seine Tochter Meriel, den Geheimnissen und Geschichten der Familie auf den Grund zu gehen. Sie stellt Fragen wie: Ist die Familie wirklich mit Franz Kafka und Oskar Schindler und gar mit Hitlers jüdischem Arzt, Dr. Bloch, verwandt? Was ist in der Pogromnacht am 9. November 1938 geschehen, als Kurts Vater von den Nazis halb totgeprügelt wurde und das Haus durchsucht wurde? Ausgehend von Fotos und Papieren, die Meriel Schindler im Cottage ihres Vaters fand, begibt sie sich auf eine atemberaubende Entdeckungsreise, die sie nach Österreich, Slowenien und in die USA führt. Das Ergebnis ihrer äußerst genauen Recherche ist eine außergewöhnliche Geschichte, die zwei Jahrhunderte, zwei Weltkriege und ein Familienunternehmen umspannt.

Beate Grau

Meriel Schindler: Café Schindler. Meine jüdische Familie, zwei Kriege und die Suche nach Wahrheit. München: Piper, 2024.



DIE LANDTAGSBIBLIOTHEK

... ist eine wissenschaftliche Spezialbibliothek, die auch für Bürgerinnen und Bürger nutzbar ist. Die Sammelschwerpunkte umfassen die Bereiche Recht, Politik, Parlamentarismus, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde.

Neben dem umfangreichen Literatur- und Zeitschriftenbestand stehen komfortable Arbeitsmöglichkeiten im Lesesaal zur Verfügung.

Öffnungszeiten (nicht an Feiertagen)

Mo.–Do., 8–16.30 Uhr, Fr. 8–15 Uhr

Kontakt

Telefon: 0391 560-1135

E-Mail: bibliothek@lt.sachsen-anhalt.de

Das Magdeburger Modell

Vor 30 Jahren wählte der Landtag von Sachsen-Anhalt den SPD-Abgeordneten Reinhard Höppner zum Ministerpräsidenten, der darauf acht Jahre lang eine Minderheitsregierung unter Tolerierung durch die PDS führte.

Sachsen-Anhalt sorgt seit der Wende immer wieder für bundesweite politische Schlagzeilen. Waren es in der ersten Wahlperiode die drei CDU-Ministerpräsidenten, die das Land bis zur nächsten Wahl brauchte, so gab es vor genau 30 Jahren nach der Wahl zum zweiten Landtag einen Paukenschlag, der bis heute nicht verklungen ist und als Erstbeispiel Auswirkungen auf andere Bundesländer hatte: In Sachsen-Anhalt übernahm am 21. Juli 1994 eine Minderheitsregierung die Macht, die acht Jahre Bestand hatte.

Nun sind Minderheitsregierungen nach Meinung vieler Demokraten nicht unbedingt vereinbar mit dem vorherrschenden Demokratiekonzept, aber so selten sind sie auch wieder nicht. Seit 1949 gab es in den Bundesländern knapp 30 Minderheitsregierungen, die durchschnittlich 300 Tage regierten. Die Besonderheit an den beiden jeweils von Dr. Reinhard Höppner (SPD) geführten Minderheitsregierungen war, dass sie sich über zwei Wahlperioden im Amt halten konnten, weil sie von der damaligen PDS toleriert wurden.

Die PDS war die Nachfolgepartei der DDR-Staatspartei SED. Eine parlamentarische Zusammenarbeit mit ihr galt als Tabubruch und rief bundesweit sowohl bei der CDU als auch bei der SPD Proteste hervor. Noch vor der 1994er Wahl hatte selbst Höppner eine Tolerierung durch die PDS kategorisch ausgeschlossen. „Die wird es mit mir nicht geben“, wird er zitiert. Angesichts des Wahlergebnisses – SPD 34,0 Prozent und Bündnis 90/Die Grünen 5,1 Prozent – war eine rot-grüne Mehrheitskoalition



Wulf Gallert (Die Linke), seit 2021 Vizepräsident des Landtags, war ab 1994 Mitgestalter des „Magdeburger Modells“.

nicht möglich, zumal die CDU mit ihren 34,4 Prozent Anspruch auf den Posten des Regierungschefs erhob. Schon am Tag nach der Wahl verkündete Höppner deshalb, dass er mit den Bündnisgrünen eine Minderheitsregierung bilden wolle, die von der PDS toleriert werde, was schließlich als „Magdeburger Modell“ in die Geschichte einging. Höppner hatte die Chance erkannt, seine Partei trotz der Wahlniederlage nicht nur aus der Opposition herauszuführen, sondern auch selbst Regierungschef zu werden.

Aber auch für die PDS sei das Vorhaben eine „extreme Herausforderung“ gewesen, erinnert sich Wulf Gallert, der heutige Vizepräsident des Landtags und damalige Parlamentarische Geschäftsführer der PDS-Fraktion, an das Zustandekommen des Tolerierungsmodells. Gemeinsam mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion, dem inzwischen verstorbenen Jens Bullerjahn, gilt Gallert als einer der „Väter des Magdeburger Modells“.

PDS-Landeschef Roland Claus habe im 1994er Wahlkampf als Erster die

Tolerierung einer Minderheitsregierung durch die PDS ins Spiel gebracht, sagt Gallert, was in seiner Partei nicht überall gut angekommen sei. „Das war ein großer Risikoschritt für die PDS“, die Glaubwürdigkeit der Partei habe auf dem Spiel gestanden. Nicht zu unterschätzen sei deshalb die Befürwortung des Modells durch den allseits anerkannten Bürgerrechtler und bündnisgrünen Fraktionschef Hans-Jochen Tschiche gewesen. „Das war die Legitimation für unseren Schritt“, so Gallert.

Zum Nachteil für die Zusammenarbeit, die in regelmäßigen Treffen zwischen Gallert und Bullerjahn besprochen wurde, sei es gewesen, dass es mit ihnen keinen Koalitionsvertrag gegeben habe. „Trotzdem waren wir als PDS Mitgestalter der Politik, nicht mehr Opposition und haben viele unserer Forderungen durchgesetzt“, so Gallert im Rückblick. In diesem Zusammenhang würdigte er die große Rolle, die das Parlament während des Magdeburger Modells gespielt habe. Der Landtag habe sehr oft entschieden, was machbar gewesen sei. Wolfgang Schulz

AUSSTELLUNGEN



„... DENEN MITZUWIRKEN VERSAGT WAR.“ ÖSTDEUTSCHE DEMOKRATEN IN DER FRÜHEN NACHKRIEGSZEIT 15. MAI BIS 5. JULI 2024

Die Ausstellung zeigt den historischen Kontext und die Entstehung des Grundgesetzes und der darin verankerten Grundrechte. Parallel werden die Entwicklungen und die Errichtung einer kommunistischen Diktatur in der SBZ/DDR dargestellt. Die Ausstellung porträtiert 30 Männer und Frauen unterschiedlicher Herkunft und politischer Überzeugung, die sich nach 1945 für demokratische Grund- und Freiheitsrechte einsetzten. Deren Biographien demonstrieren die Bedeutung des Rechtsstaats und die Verletzlichkeit der Demokratie; verdeutlicht werden die Brutalität autoritärer Systeme und die Gefahr von Wegsehen und Anpassen. Viele bezahlten ihren Mut und Idealismus mit ihrem Leben oder langen Haftstrafen. Die Präsentation wurde von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Kontext zum 75-jährigen Jubiläum der doppelten Staatsgründung und der am 23. Mai 1949 stattgefundenen Verkündung des Grundgesetzes geschaffen.

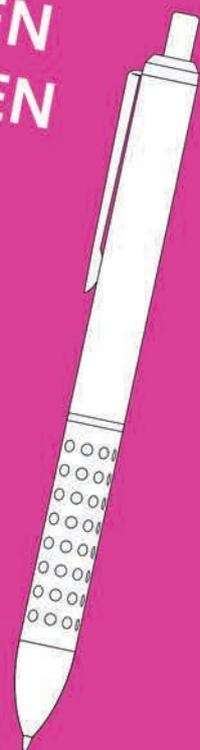


MIT VIELEN AUGEN SEHEN. EINBLICKE IN EIN LEBEN MIT BEHINDERUNG 18. SEPTEMBER BIS 29. OKTOBER 2024

In der Kampagne „Mit vielen Augen“ werden Menschen mit und ohne Behinderung aus Sachsen-Anhalt porträtiert. Sie erzählen authentische Lebensgeschichten mit Tiefgang. Sie berichten über Mut und Zuversicht, über Liebe und Zuneigung, über Stärken und Talente – jede und jeder aus dem individuellen Blickwinkel. Es gibt folglich viel Spannendes zu erfahren – über besondere Fähigkeiten und Träume, über die kleinen Dinge des Alltags und Visionen zur „Zukunft: Werkstatt“.



**SCHNELL
NOCH VOR DEN
SOMMERFERIEN
SICHERN!**



*Für Schüler/innen aus Sachsen-Anhalt
Jetzt bestellen*

